

Bundesverfassungsgericht verhandelt über Beamten-Streikverbot

dbb jugend: „Beamte? Sind unverzichtbar.“

Beamte dürfen in Deutschland nicht streiken, sagt die Verfassung. Damit sind nicht alle Beamtinnen und Beamten einverstanden. Am 17. Januar 2018 verhandelte der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts unter Präsident Andreas Voßkuhle über vier Verfassungsbeschwerden von Lehrern, die sich gegen das beamtenrechtliche Streikverbot wenden. Eine Entscheidung des Gerichts ist im Laufe dieses Jahres zu erwarten. Wir haben bei der dbb jugend-Vorsitzenden Karoline Herrmann nachgefragt, wie der Nachwuchs des öffentlichen Dienstes über die Sache denkt.



und Deine Arbeit machst. Was und wann und wo genau, bestimme ich. Auch, wieviel Geld du dafür bekommst. Also Streik ist nicht. Du musst dich jederzeit an Recht und Ordnung halten, manchmal auch im Rahmen der Gesetze anderen Menschen Zwang zufügen, ihnen etwas wegnehmen. Das ist also kein leichter Job, und Du trägst eine ganz besondere Verantwortung. Du musst dich politisch mäßigen und amtsangemessen verhalten. Und ich will, dass Du immer für mich da bist – wenn's sein muss auch dann, wenn Du schon im Ruhestand bist. Und wenn Du dir was zu schulden kommen lässt, fliegst Du natürlich raus. Okay, sagt der Beamte, das ist ja ein ganz schönes Brett. Ja, sagt der Staat, aber dafür verspreche ich Dir in die Hand, dass Du immer bei mir arbeiten kannst und ich mich lebenslang darum kümmern werde, dass du materiell abgesichert bist, auch im Krankheitsfall. Das ist der „Deal“.

tacker: Warum gibt es in Deutschland Beamte?

Karoline Herrmann: Damit wir uns auf unseren Staat und darauf, dass alles mit Recht und Ordnung zugeht, verlassen können. Zu jeder Tages- und Nachtzeit, im Alltag ebenso wie in Ausnahmesituationen. Dafür sorgen ganz viele Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst und in den privatisierten Bereichen, aber die Beamtinnen und Beamten tun das in ganz besonderem Maße – weil sie eben einen ganz besonderen „Deal“ mit dem Staat und der Allgemeinheit haben.

tacker: Wie sieht dieser „Deal“ zwischen dem Staat und seinen Beamten aus?

Karoline Herrmann: Der Staat sagt zum Beamten: Ich brauche Dich hier für ganz bestimmte Aufgaben, die immer laufen müssen, egal, was kommt. Ich will, dass Du da bist

tacker: Ist das denn überhaupt noch zeitgemäß?

Karoline Herrmann: Ich finde es eine ganz schön coole Sache, wenn man sich in dem Land, in dem man lebt, darauf verlassen kann, dass es funktioniert. Dass es da Menschen gibt, die komme, was wolle, für Sicherheit sorgen, dafür, dass Gesetze eingehalten werden, damit es gerecht für alle zugeht, dass alles seine Ordnung hat, Steuern entsprechend dem Recht erhoben, Korruption verhindert und Bildung gewährleistet werden. Die Beamten sind ein starkes Rückgrat für unseren Staat und unsere Demokratie, und in Zeiten wie diesen, in denen sich so einige am gesellschaftlichen Zusammenhalt zu schaffen machen, ist es wichtig, dass es da menschliche Konstanten gibt, die unaufgeregt, aber gewissenhaft und gründlich dafür sorgen, dass unsere Grundwerte geschützt werden.

tacker: Wie kann eine Gewerkschaft gegen das Streikrecht sein?

Karoline Herrmann: Wir sind sogar sehr für das Streikrecht und üben das mit unseren Mitgliedsgewerkschaften im Arbeitnehmerbereich ja in den Tarifeinensetzungen auch immer wieder aus. Wir wehren uns auch – Stichwort Tarifeinheitsgesetz – gegen jedwede Einschränkungen der verfassungsmäßigen Arbeitnehmerrechte. Aber auf der anderen Seite hat unsere Verfassung mit dem Berufsbeamtentum ganz bewusst einen streikfreien Bereich geschaffen, in dem eine ständige Aufgabenerledigung in den staatlichen Bereichen, die funktionieren müssen, sichergestellt wird. Dazu stehen wir genauso uneingeschränkt, und das macht für uns auch richtig Sinn. Unser Land sähe schlicht anders und definitiv nicht besser aus, wenn die Beamten streiken dürften – was also soll das bringen? Beamte sind unverzichtbar.

tacker: Wegen der vielen „Privilegien“, die die Beamten angeblich haben, wird aber immer wieder gefordert, den Status komplett abzuschaffen ...

Karoline Herrmann: Nur zu – aber wie gesagt: Das macht nichts besser. Deswegen bezweifle ich auch, dass so etwas jemals politischer Mehrheitswille werden könnte, weil wir damit einen wesentlichen Stabilitäts- und Kontinuitätsanker unseres Rechtsstaats und damit unserer Demokratie über Bord werfen würden. Ganz schön riskant. Und wer vermeintliche Privilegien anprangert, hat eben diesen besonderen Deal zwischen dem Staat und seinen Beamten nicht verstanden. Es ist ein gegenseitiges Geben und Nehmen, und den Dienst, den unsere Beamtinnen und Beamten Tag für Tag, jahrein, jahraus leisten, nehmen auch all jene Beamten-Basher gerne in Anspruch. Die sollten sich mal mit Kolleginnen und Kollegen unterhalten, die ihre Kinder schon seit Jahren nicht mehr an einem Heiligabend gesehen haben, die sich beschimpfen, beleidigen, bespucken oder mit Pflastersteinen bewerfen lassen müssen – nur, weil sie ihren Job machen. Jeder hat in diesem Land das Recht, bei entsprechender Eignung, Befähigung und Leistung Beamtin oder Beamter zu werden – die Türen stehen also weit offen, und wir freuen uns über alle, die unseren tollen öffentlichen Dienst verstärken. Aber da uns die Bewerber ja wie bekannt aktuell nicht gerade die Bude einrennen, kann es mit diesen vermeintlichen Privilegien nicht so wahnsinnig viel auf sich haben. ■